

Kopie an: CS



153. Ro.3 aa
8.8.89
Q

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

a.321.1(1990) - SAV/GUL/KB

3003 Bern, 4. August 1989

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Schweizerische Bundeskanzlei
Herrn Vizekanzler A. Casanova

3003 B e r n

Voranschlag 1990 und Finanzplan 1991 im Informatikbereich

Herr Vizekanzler

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 18. Juli 1989 und danken Ihnen bestens für Ihre wiederholten Bemühungen, die für den Voranschlag 1990 durch die Departemente gegenüber dem Finanzplan zwar erhöhten aber erwiesenermassen unerlässlichen EDV-Kredite sicherzustellen.

Sie bitten uns, über die durch die Finanzverwaltung im Auftrag des Bundesrates vorgeschlagenen Budgetkürzungen und ihre Auswirkungen auf die Projekte unseres Departementes Stellung zu nehmen.

Wir müssen den Bundesrat bitten, in Anbetracht unserer nachstehend erläuterten schwierigen Lage von der geplanten Kürzung - mit Ausnahme vom für das Projekt ORDIPRO bestimmten Kredit von Fr. 850'000.--, welches angesichts der angespannten Budgetlage verschoben werden kann - abzusehen.

Unser in diesem Sinne angepasster Finanzbedarf für 1990 ist wie folgt:

Hardware		7,960 Mio Fr.
Software	0,885	
	./ 0,050 (ORDIPRO)	0,835 Mio Fr.
Dienstleistungen	2,415	
	./ 0,800 (ORDIPRO)	1,615 Mio Fr.
Total		<u>10,410 Mio Fr.</u>

Dieser Betrag entspricht nur 4,7 % der von der Bundesverwaltung eingesetzten Kredite. Es handelt sich um eine äusserst zurückhaltende Budgetierung, die keine Reserven enthält.

Wir begründen den Antrag, dass das EDV-Budget des EDA lediglich um die erwähnten Posten gekürzt werden soll,
-erstens mit den stark zugenommenen Aufgaben des Departements, die mit einer konstanten Zahl von Mitarbeitern zu lösen sind,
-zweitens mit dem grossen Nachholbedarf des EDA im EDV-Bereich.

- 2 -

1. Das zunehmende Arbeitsvolumen bei anhaltendem Personalstopp: Die internationalen Beziehungen haben sich in den letzten zehn Jahren sehr intensiviert, davon ist auch unser Land und deshalb in erster Linie unser Departement betroffen. Die politische Bedeutung der Dritten Welt mit ihren Krisen und Auswirkungen (Flüchtlinge) auf die Schweiz, die aktive Mitarbeit unseres Landes in der KSZE und nunmehr die wachsende Diskussion unserer Beziehungen mit der EG haben eine gewaltige Aufgabensteigerung des Departementes mit sich gebracht.

Dieses Aufgabenvolumen stösst täglich auf die Grenzen der Personalkapazität und beeinträchtigt die Arbeitsqualität in Bereichen, die für unser Land von zentraler Bedeutung sind. Das gleiche gilt für unsere Vertretungen im Ausland, die mit den gleichen zunehmenden Aufgaben konfrontiert sind und darüberhinaus die auf S. 5 erwähnten neuen Aufgaben im konsularischen Bereich übernehmen müssen.

Das Departement ist gezwungen, dieses wachsende Arbeitsvolumen mit einem konstanten Personalbestand zu leisten. Die Mitarbeiterzahl des EDA im In- und Ausland ist in diesem Jahr mit 1.777,5 Einheiten nur um eine halbe Einheit höher als im 1982. Der einzige Ausweg zur Linderung dieser Personalengpässe ist die EDV, deren Einführung auf breiterer Basis zur absoluten Notwendigkeit geworden ist.

2. Unser Departement ist äusserst dezentralisiert, wenn man bedenkt, dass zwei Drittel seiner Mitarbeiter auf die 150 offiziellen Vertretungen der Schweiz im Ausland verteilt sind. Diese Einmaligkeit bei der Bundesverwaltung verunmöglichte bis vor kurzem den Einsatz der Informatik in unseren Botschaften und Konsulaten, da einerseits die Geräte zu gross und zu teuer waren, andererseits die Bedienung solcher Anlagen Spezialisten erforderte, die wir für diese spezifische Aufgabe infolge Personalstopps nicht freistellen konnten. An der Zentrale hat sich bis jetzt die Informatik auf administrative Arbeiten der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sowie auf unsere Direktion konzentriert. Hingegen wurde im Generalsekretariat, bei der Politischen Direktion, der Direktion für Internationale Organisation und der Direktion für Völkerrecht noch keine Applikation eingeführt. Der Grund hierfür liegt einerseits in der Kompliziertheit der zu bearbeitenden Materie, andererseits in der dienstlich bedingten Versetzbarkeit unserer Mitarbeiter, was sich nachteilig auf die Entwicklung anspruchsvoller EDV-Lösungen ausgewirkt hat. Durch diese ungünstigen Besonderheiten hat unser Departement am Aufbau der Informatik in der Bundesverwaltung nur wenig teilgenommen. Es hat sich deshalb ein grosser Rückstand ergeben. Dies ist leicht durch unsere bisher sehr bescheidenen Ausgaben auf diesem Gebiet zu belegen, welche nur wenige Prozente des gesamten Informatikvoranschlags der Bundesverwaltung ausmachen.

Obwohl die Bedingungen für einen breiten Einsatz der Informatik in unserem Departement wie oben dargelegt bis in den letzten

- 3 -

Jahren nicht optimal waren, entstand nichtsdestoweniger ein wachsender Nachholbedarf. Er wurde verursacht durch die allgemeine Arbeitszunahme. Insbesondere ist an der Zentrale die Auswertung der anwachsenden Informationsmenge für aussenpolitische Entscheide sehr arbeitsintensiv. Wenn die Lage ein sofortiges Handeln erfordert, hat es sich erwiesen, dass ohne EDV-gestützte Lösung die rasche Informationsbeschaffung nur beschränkt gewährleistet ist. Bei den schweizerischen Vertretungen im Ausland stellen wir mit Besorgnis fest, dass die knappen, mitunter unzureichenden Personalbestände die fristgerechte und sachgemässe Erledigung der ständig zunehmenden Aufgaben ernstlich gefährdet. Die Einführung der EDV wird wesentlich dazu beitragen, diesem unerträglichen Zustand abzuhelpfen. Abgesehen von diesem eigentlichen Rückstand wirkt sich das Fehlen der Informatik in vielen Bereichen unseres Departements auf die Motivation vieler Mitarbeiter negativ aus. Vor allem die jüngeren Generationen empfinden es mit Recht als Zumutung, mit veralteten Systemen arbeiten zu müssen. Als Beispiel sei erwähnt, dass unsere Vertretungen ihr Rechnungswesen heute noch handschriftlich führen.

Die rasante Entwicklung in Hard- und Softwarebereich und die günstiger werdenden Preis- und Leistungsverhältnisse erlauben uns nunmehr, diesem unhaltbaren Zustand entgegenzutreten. Dafür haben wir bereits die notwendigen personellen und organisatorischen Massnahmen getroffen. Der Erfolg dieses Vorhabens ist umso sicherer, da wir auf die tatkräftige Unterstützung der zukünftigen Benutzer zählen können.

Nachstehend erläutern wir die unserem Voranschlag zugrunde liegenden Projekte:

EDADOKU: (Gesamtkreditbedarf für 1990: 1,400 Mio Fr.)

Ziel des Systems: Das EDADOKU-System hat zum Ziel, für die zur Zeit schwierige Beschaffung von politischen Informationen im EDA eine EDV-gestützte Lösung zu entwickeln. Diese Lösung entlastet eine grössere Zahl von Mitarbeitern von der Arbeit der Informations-Suche, gewährleistet die Beschaffung einer breiten und verlässlichen Informationsgrundlage für aussenpolitische Entscheide und stellt für den Informations- und Pressedienst ein wichtiges Instrument für die Aussendarstellung des Departementes dar.

Mit diesem Projekt wird zum ersten Mal die EDV für die operationelle Arbeit im zentralen Bereich des Departements nutzbar gemacht, wo ein grosser EDV-Nachholbedarf besteht. Das System stellt damit einen ersten Schritt für den EDV-Einsatz auf breiterer Basis in der Zentrale dar. Es soll später in die Büroautomation und der automatischen Telegrammübermittlung integriert werden.

Aufbau des Systems: Das Dokumentationssystem verbindet den Aufbau interner Datenbanken mit dem Zugriff zu externen Datenbanken. Auf den internen Datenbanken werden die wichtigsten Informationen über die anderen Staaten und unsere Beziehungen zu ihnen gespeichert. Dafür werden in einer ersten Phase vier Datenbanken errichtet, weitere sind in einem späteren Zeitpunkt geplant. Externe Datenbanken bieten heute eine ausserordentlich wertvolle Ergänzung zur traditionellen Beschaffung politischer Informationen im Departement.

Bisherige Entwicklungsarbeit: Das Projekt stützt sich auf längere Vorarbeiten verschiedener Arbeitsgruppen, die seit 1985 die Idee eines solchen Dokumentationssystems entwickelt haben. Seit 1.5.89 wurden ein vollamtlicher Projektleiter, eine Projektoberleitung und zwei Arbeitsgruppen eingesetzt, die die Phase der Voranalyse abgeschlossen haben. Das Projekt wird von den Benützern getragen, dadurch stützt es sich im Departement auf eine breite Verankerung, die ein grosses Interesse an seiner raschen Realisierung schafft.

Begründung des Budgets: Im Voranschlag 1990 sind für die Hardware-Ausgaben Fr. 1 Mio., für die Software Fr. 250'000.-- und für Dienstleistungen Fr. 150'000.-- vorgesehen. Das System verlangt die Beschaffung eines zentralen Hintergrundsystems und einer Zahl von Workstations für die Mitarbeiter. Für eine erste Phase sind dafür etwa 20 Stationen geplant, von denen ein Drittel für den Aufbau des Systems und den Anschluss an externe Datenbanken schon während der Einführungszeit unmittelbar einzurichten sind. Ein zentrales Hintergrundsystem, das den mittelfristigen Anforderungen des Projektes genügt und gleichzeitig für die Integration des Systems mit der Büroautomation und der Telegrammübermittlung ausbaufähig ist, kostet ca. Fr. 700'000.--. Der Rest des Hardware-Budgets ist für die Workstations einzusetzen.

Ebensowenig wie das Hardware-Budget lassen sich die Budgetposten für die Software und die Dienstleistungen (insbesondere Ausbildung) komprimieren. Die Entwicklung der relativ komplizierten internen Datenbanken verlangt die Zusammenarbeit mit einer externen Beratungsfirma, zumindest für die wichtigsten Entwicklungsprobleme. Der Aufwand für die dabei zu verwendende Software wird kaum unter dem vorgegebenen Rahmen liegen.

Diese Ueberlegungen machen deutlich, dass eine Kürzung des Budgets des Projektes seine Realisierung in seiner Substanz gefährdet. Eine zeitliche Streckung der Ausgaben ist - abgesehen von den erwähnten nahezu fixen Ausgabeposten für die Hardware - aufgrund der Dringlichkeit des Projektes und der nunmehr geschaffenen personellen Voraussetzungen für seine Verwirklichung nicht zu verantworten.

IMMAPRO: (Gesamtkreditbedarf für 1990: 3,170 Mio Fr.)

Einführung der Informatik bei den Vertretungen im Ausland.

Das Projekt IMMAPRO unterstützt die überbelasteten Vertretungen im Bereich der Immatrikulation der Auslandschweizer (Einwohnerkontrolle). Das Programm wurde bereits in diesem Jahr bei 10 Vertretungen mit Erfolg und ohne nennenswerte Schwierigkeiten eingeführt. Bis Ende 1989 werden noch weitere 8 Vertretungen ausgerüstet. Um die Vertretungen rasch zu entlasten und um die in den nächsten Jahren erwarteten neuen Aufgaben bewältigen zu können, muss die Gesamteinführung bis 1992 beendet sein.

Eine solche zügige Lösung ist wie folgt zu begründen:

Am 30. Juni 1988 lief die Gesuchsfrist für die Anerkennung als Schweizer Bürger nach Artikel 57 BÜG ab. Gemäss Auskunft des EJPD, Amt für Zivilstandswesen, sind bis heute rund 60'000 Anträge entschieden worden. Ungefähr 20'000 Gesuche liegen noch zur Bearbeitung bei den Kantonen und dem EAZW. Rechnet man die in den Anträgen berücksichtigten Kinder hinzu, muss von einer Zuwachsrate von über 100'000 Mitbürgern im Ausland gesprochen werden. Sowohl der Aufwand mit dem Anerkennungsverfahren als auch die Folgeaufgaben (freiwillige AHV/IV, Militärkontrolle, Zivilstandsänderungen, Beurkundungen, Passwesen) haben dazu geführt, dass die anfallenden Tagesgeschäfte bei den meisten Vertretungen nur noch unter konstanter Ueberzeitleistung erledigt werden können. Nach den Erfahrungswerten unseres Inspektorates ist bei 2'000 Neuimmatrikulationen mit einem erhöhten Beschäftigungsgrad zu rechnen, der den Einsatz einer vollen Personaleinheit erheischt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass auf anderen konsularischen Tätigkeitsfeldern ebenfalls eine massive Arbeitszunahme zu verzeichnen ist:

Visa: höhere Anzahl Gesuche wegen Ausreiseerleichterungen in den Oststaaten
Hilfeleistungen an Touristen - Geld- und Ausweisverluste, Inhaftierungen, Unglücks-, Krankheits-, Todesfälle

Schliesslich sind noch folgende kurz- bis mittelfristig anfallende neue Obliegenheiten zu berücksichtigen, deren enorme Auswirkungen heute allerdings noch schwerlich quantifizierbar sind.

- Die 2. Tranche des neuen Bürgerrechtsgesetzes (erleichterte Einbürgerung) das 1991/92 in Kraft treten soll.
- Die geplante Abgabe der schweizerischen Identitätskarte durch die Auslandvertretungen.
- Die geplante Ausübung des Stimmrechtes durch die Auslandschweizer bei den entsprechenden Vertretungen.

- Das neue Ehe- und Erbrecht, das durch die kompliziertere Registerführung, vor allem in bezug auf die Namensgebung, einen beträchtlichen Mehraufwand verursacht.
- Das neue internationale Privatrecht, das für die Abklärungen in bezug auf das Bürgerrecht, die Namensführung und für neue Aufgaben im Zusammenhang mit dem Schuldbetreibungs- und Konkursrecht (Entgegennahme von Erklärungen) ebenfalls als Mehraufwand zur Folge hat.

Neben einer Personalverstärkung ist unter diesen Umständen die rasche Verwirklichung des IMMAPRO-Projektes unumgänglich. Der Kreditbedarf für 1990 ist für die Ausrüstung von 35 Vertretungen bestimmt. Um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen, wurde unsere Installationsequipe temporär um sieben Einheiten verstärkt.

NCR 9822: (Gesamtkreditbedarf für 1990: Fr. 0,450 Mio Fr.)

Erweiterung der bestehenden NCR-Anlage. Erhöhung ihrer Kapazität zur Lösung der laufend anfallenden Anwendungen und zur Verbesserung der Arbeitsabwicklung.

BUCHEDA: (Gesamtkreditbedarf für 1990: Fr. 0,850 Mio Fr.)

Ersatz der veralteten, störungsanfälligen Magnetkonten-Buchungsautomaten, Modell NCR 299 durch ein computergestütztes Buchhaltungssystem, welches die besonderen Bedürfnisse der Vertretungen im Ausland ebenfalls abdecken muss. Diese Umstellung war bereits vor einigen Jahren geplant. Sie wurde jedoch bis zum Bekanntwerden des neuen Rechnungsmodells des Bundes verzögert. Die erste Phase dieses Projekts wird anfangs 1990 eingeführt.

EDAMATIC: (Gesamtkreditbedarf für 1990: Fr. 0,165 Mio Fr.)

Es handelt sich um die Einführung der Büroautomation an der Zentrale. Bei der Bearbeitung dieses wichtigen Projektes ist im Jahre 1990 nur mit Vorausleistungen (Pilotinstallationen) zu rechnen, deshalb sind hierfür bescheidene Beiträge im Voranschlag vorgesehen. Die Inbetriebnahme dieses Systems beginnt im Jahre 1991.

TELEPRINT: (Gesamtkreditbedarf für 1990: Fr. 0,500 Mio Fr.)

Modernisierung des Telegrammdienstes des EDA durch Rationalisierung und Beschleunigung der Telegrammübermittlung an der Zentrale.

Der bereits ausgelastete Telegrammdienst kann die Bearbeitung der ständig anwachsenden ein- und ausgehenden Meldungen mit den veralteten Geräten nicht mehr effizient bearbeiten. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Meldungen vervierfacht.

Büroautomation: (bei der DEH im In- und Ausland)
(Gesamtkreditbedarf für 1990: Fr. 3,470 Mio Fr.)

Das Projekt ist bereits weit vorangeschritten:

- Im Januar 1988 hat die DEH in Zusammenarbeit mit dem BFO einen detaillierten Bericht VORANALYSE ZU PROJEKT 5 BUERO- AUTOMATION erstellt, der sich auf die Grundlagenstudien "Büroautomation in der Bundesverwaltung" von Diebold/BFO vom Mai 1986 abstützt.
- Auf der Grundlage dieser Berichte hat der Direktor der DEH am 26. April 1988 mit Zustimmung des BFO entschieden, dass eine einjährige Pilotphase gestartet wird.

Die Auswertung der in diesem Sommer abgeschlossenen Pilotphase ist in Arbeit. Mit Unterstützung einer herstellerneutralen Beratungsfirma werden Entscheidungsgrundlagen erarbeitet.

- Bisher wurde in die Pilotphase rund Fr. 800'000.-- in Ausbildung, Hard- und Softwarebeschaffungen, etc. investiert.
- Mit dem Eidgenössischen Personalamt wurde im Frühjahr 1988 eine Vereinbarung getroffen, damit die notwendige personelle Kapazität zur Realisierung dieses Projektes temporär sichergestellt werden konnte. Diese Kapazität gilt es zu nutzen.

Mit Schreiben vom 7. Juni 1988 bestätigt das EPA diese Vereinbarung.

- Zusammen mit einer herstellerunabhängigen Beratungsfirma wurde ein Pflichtenheft für das neue zentrale Hintergrundsystem bereits erarbeitet.

Der Ersatz dieses Systems ist ein integrierender Bestandteil des Projektes Büroautomation, da u.a. der Zugriff auf die zentral gespeicherten Dateien unabdingbar notwendig ist, z.B. sämtliche Projektbuchhaltungen der Entwicklungsprojekte.

- Das Projekt Büroautomation hat für die DEH erste Priorität und erweist sich bereits in der Pilotphase als unentbehrliches Hilfsmittel zur rationelleren Bewältigung der laufend wachsenden Aufgaben. Spiegelbild davon sind die notwendigerweise fortlaufend erhöhten Kredite für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Hauptbeschaffungsphase fällt auf das Jahr 1990, wobei ebenfalls das zentrale Hintergrundsystem zu ersetzen ist.

Die Aufstockung des VA 90 um 0,5 Mic. für Hardware gegenüber dem Finanzplan 1990 wurde erforderlich, weil der Ersatz des zentralen Hintergrundsystems dringend ist und um 1 Jahr vorgezogen werden muss. Es ergibt sich dadurch eine Reduktion gleicher Höhe für Hardware im Finanzplanes 1991.

- 8 -

Kopie dieses Schreibens geht an die Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale unter Bezug auf den Brief vom 5. Juli 1989 des Bundesamtes für Organisation.

Wir versichern, Herr Vizekanzler, unserer vorzüglichen Hochachtung.

DIREKTION FUER VERWALTUNGS-
ANGELEGENHEITEN UND AUSSENDIENST
i.A.



(C. Krieg)
Stellvertretende Direktorin

Kopien an: MA, SRU, HMG, IT, DY, DAN, GUL, TSH
GR, CS, BLO, SAV, BFO
Sekretariat des Departementschefs